

Rauschgifthandel

Reichlich Devisen

Mit Hilfe von Drogengeldern aus Deutschland floriert eine ostanatolische Stadt. Türkische Behörden schauen zu.

Selam Yüksel hat es zu etwas gebracht. Im Zentrum von Elâzığ in der Osttürkei hat er sich einen Schneiderladen eingerichtet, für feine Damenoberbekleidung und Brautkleider. Besonders stolz ist Yüksel, 25, wenn er Besucher aus Deutschland durch sein Geschäft führen kann.

Dann kramt er die alten Bilder hervor, auf denen er beim Kirschenpflücken im Alten Land nahe Hamburg in die Kamera grinst. Bis zu 120 Mark am Tag verdiente er damals in den Obstplantagen norddeutscher Bauern. „Wir waren glücklich“, erinnert er sich, „wir konnten sogar Geld nach Hause schicken.“

Die Foto-Idylle trägt – reich geworden ist Yüksel nicht mit Äpfeln und Birnen: Die Hamburger Staatsanwaltschaft sucht den mutmaßlichen Heroingroßdealer per Haftbefehl.

Dennoch lebt Yüksel unbehelligt in seiner Heimat. Die örtliche Polizei erklärt, sie könne ihm nichts nachweisen.



Heroindealer Yüksel: Ohnmächtige Fahnder

Dabei erzählt Yüksel selbst bereitwillig, wie er in Hamburg ins Drogengeschäft „gedrängt“ wurde und an manchen Tagen 3000 bis 4000 Mark verdiente: „Heute verabscheue ich das alles.“

Seine Heimatstadt Elâzığ ist eine Hauptdrehscheibe im europäischen Drogenhandel. Der Ort blüht auf, offenbar vor allem mit Drogengeldern aus Deutschland.

In deutschen Drogenzentren wie Hamburg, Frankfurt und dem Ruhrgebiet ist der Heroinhandel fest in türkischer, vor allem kurdischer Hand. Doch die türkischen Behörden haben kein großes Inter-

esse daran, den Handel zu stoppen, der reichlich Devisen ins Land bringt. „Die Türkei zieht nicht mit“, klagt der Münchner Oberstaatsanwalt Christian Schmidt-Sommerfeld.

Die deutschen Ermittler bitten ihre Kollegen in Istanbul und Ankara meist vergebens um Unterstützung. Anfragen nach Verdächtigen, sagt der Hamburger Chefermittler Rainer Zajonz, würden oft „störrisch und mit großem Zeitverzug“ beantwortet, manche gar nicht.

Auch grenzübergreifende Fahndungsaktionen, wie sie etwa mit italienischen Behörden reibungslos laufen, kommen mit der Türkei nicht zustande.

„Wenn wir einem geplanten Herointransport aufzulaufen wollen und die Daten zur Überprüfung in die Türkei durchgeben“, so der Frankfurter Rauschgiftfahnder Helmut Rösner, „können wir die Sache schon vergessen.“ Solche Transporte kommen selten an, sei es, weil türkische Behörden sie stoppen oder die Drogenkuriere gewarnt wurden.

Da nützt es der deutschen Polizei wenig, daß sie die Namen der mutmaßlichen Hintermänner in der Türkei kennt. „Wir haben sogar ihre Telefonnummern und Adressen“, sagt der Hamburger Finanzermittler Udo Schöning.

Nicht nur die Dealer und Kuriere, auch viele Drahtzieher des Heroingeschäfts, fanden Beamte heraus, stammen aus der Provinz Elâzığ. Dort wird das Rohopium aus dem Iran, aus Pakistan und Afghanistan in unterirdischen Labors zu Heroin verarbeitet und umgeschlagen.

Einer der mutmaßlichen Drogenpaten sitzt seit zwei Jahren in Hamburg wegen Rauschgifthandels hinter Gittern: Die Polizei schnappte den Kurden, weil er einen Deal mit 35 Kilogramm Heroin abwickeln wollte. Im Garten seiner heimischen Luxusvilla in Elâzığ fand die türkische Polizei später ein unterirdisches Heroinlabor.

Nach den Recherchen der Fahnder haben Mittelsmänner über Jahre hinweg mindestens eine Million Mark Drogengeld für den Kurden von Deutschland nach Elâzığ überwiesen. Selbst die Haft konnte den Händler nicht bremsen: Ermittler warfen ihm vor, er habe von einem nicht überwachten Kartentelefon der Hamburger Strafanstalt aus monatelang Heroin durch Europa gelenkt.

Die Provinzhauptstadt Elâzığ mit rund 200 000 Einwohnern liegt im armen Osten der Türkei. Gleichwohl schießen



FOTOS: E. PRIZIUN / SPIEGEL TV

Schmuckläden in Elâzığ: „Mit Drogengeldern alimentiert“

dort schicke Einkaufszentren, Hochhäuser und Villen aus dem Boden. Das Geld dafür, meinen Ermittler, wurde mit Rauschgift verdient: „Eine ganze Region“, klagt ein norddeutscher Fahnder, „wird da mit Drogengeldern alimentiert.“ In Elâzığ, spotten seine Kollegen, „fahren inzwischen mehr Mercedes 500 als in Hamburg“.

Auch der türkischen Polizei ist der neue Reichtum nicht entgangen. „Leute, die zuvor keine Arbeit und keinen Pfennig Geld in der Tasche hatten“, sagt der Rauschgiftfahnder Hasan Dalda in Elâzığ, „bauen plötzlich Hochhäuser, machen einen Juwelierladen auf oder kaufen sich Grundstücke.“

Jährlich überweisen Dealer in Deutschland nach Erkenntnissen von Ermittlern weit mehr als hundert Millionen Mark in die Türkei. Allein der Schneider Yüksel soll mehr als eine Million Mark per Banküberweisung bekommen haben. Als Absender für einen Teil der Summe firmierte ein Imbiß in der Nähe der Hamburger Reeperbahn.

Die Fahnder sind machtlos. Das neue Geldwäschegesetz, vor 15 Monaten in

Ungestört operieren Drogenbosse von der Türkei aus

Kraft getreten, ist als Waffe gegen die Drogenmafia untauglich.

Selbst wenn eine Bank eine verdächtige Finanztransaktion meldet, gibt es kaum eine Chance, sie zu stoppen. Die Strafverfolger müßten dazu binnen zwei Tagen nachweisen, aus welchem Drogendeal genau das Geld stammt – innerhalb der kurzen Frist nahezu unmöglich.

Allein in Hamburgs kleinstem Postamt im Kiez-Stadtteil St. Georg, so errechneten Fahnder, wurden innerhalb eines Vierteljahres schon mal 30 Millionen Mark Drogengelder, meist in Plastiktüten verpackt, eingereicht.

Kripo-Beamte fordern deshalb seit längerem, das Geldwäschegesetz zu verschärfen: Die sogenannte Beweislast solle umgekehrt werden. Dann müßte der Einzahler belegen, daß er das Geld ehrlich verdient hat. Das Problem: Dabei würde die Unschuldsvermutung außer Kraft gesetzt.

So können die Drogenbosse weiter ungestört von der Türkei aus operieren. Die Münchner Kripo etwa bekam beim Schlag gegen ein Rauschgiftkartell im vergangenen Juni ausgerechnet den türkischen Paten nicht zu fassen. Er residiert nach wie vor in Istanbul.

Den Haftbefehl beschieden die türkischen Behörden mit der Auskunft, Rauschgiftthandel lasse sich dem Mann nicht nachweisen, und Geldwäsche sei in der Türkei nicht strafbar. □

Juristen

Zersetzende Elemente

Das Deutsche Rote Kreuz in Berlin steht zu seinem Präsidenten, einem ehemaligen Richter der Nazizeit.

Überschwänglich gratulierte Bundeskanzler Helmut Kohl dem Präsidenten des Berliner Roten Kreuzes, Hartwig Schlegelberger, zum 80. Geburtstag: „Unsere Jugend braucht Vorbilder wie Sie.“

Da mochte Berlins Regierender Bürgermeister nicht zurückstehen. „Ihr ganzes Leben war dem Dienen am Gemeinwohl gewidmet“, rühmte Christdemokrat Eberhard Diepgen den Träger des Großen Verdienstkreuzes mit Stern und Schulterband.

Schlegelbergers Lebensweg sei „gekennzeichnet vom Einsatz für ein friedliches, tolerantes Miteinander der Menschen“, echote die *Berliner Morgenpost*.

Für Frieden sorgte Schlegelberger, 81, auf eigene Art: Als Marinestabsrichter in Berlin hat er im Dritten Reich an Todesurteilen gegen Soldaten wegen Fahnenflucht und „Wehrkraftzersetzung“ mitgewirkt. Mindestens zwei Hinrichtungen hat er auch selbst geleitet.

Die Vorwürfe sind seit Jahren bekannt. Doch Politiker sowie die Spitzen des Deutschen Roten Kreuzes (DRK) weigerten sich bislang, die Vergangenheit des Berliner DRK-Präsidenten genauer zu prüfen. Jetzt aber zeigen bisher unbekannte Akten, wie tief Schlegelberger in die Terrorjustiz verstrickt war. Mal Ankläger, mal Richter an Hitlers Berliner Marinekriegsgericht, war er beteiligt an drakonischen Strafen.

Der Matrose Heinz Domke hatte während seines Urlaubs 1943 im Heimatort Velten bei Berlin Lebensmittelmarken holen wollen. In der Kartenstelle sagte er zu der Ange-



D. E. EISENMANN

DRK-Mann Schlegelberger
„Einer wurde geköpft“

stellten: „So etwas nennt die Welt Urlaub! In der Heimat muß ich Kohldampf schieben, während ich bei meiner Einheit satt zu essen bekomme.“

Um „zersetzende Elemente“ wie Domke „auszumerzen“, verurteilte ihn das Gericht (Ankläger: Schlegelberger) zu fünf Jahren Zuchthaus: Den Lungenkranken treffe „die Strafe ohnehin härter als einen Gesunden“.

Im Juni 1944 wurde der Obdachlose Otto Schulze, von Schlegelberger angeklagt, zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt. Der offenbar Verwirrte und hochgradig Schwerhörige war dem Einberufungsbefehl zur Kriegsmarine nicht gefolgt. Der „durch Erbanlagen mißartete Schwächling“ mußte nach Ansicht des Gerichts „dorthin gebracht werden, wo asoziale Elemente im Kriege hingehören: in das Zuchthaus“.

Wie viele solcher Fälle über Schlegelbergers Schreibtisch gingen, ist unbekannt. Er selbst („Das war doch ein laufendes Geschäft“) behauptet, die „nachweisbar politischen Fälle so gut wie möglich heruntergespielt“ zu haben.

An sechs Todesstrafen aber hat er auf jeden Fall als Ankläger mitgewirkt. Der Soldat Fritz Keller etwa wurde laut Richterspruch zum „üblen Drückeberger“ und „Schädling innerhalb der Wehrmacht“ erklärt und zum Tode verur-



SÜDWEST-VERLAG

* Kurz vor Kriegsende gehenker Wehrmachtssoldat.

Hingerichteter Deutscher*